

UNS GEHT'S UM SACHSEN

S P D

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD FÜR DIE WAHLEN ZUM  
SÄCHSISCHEN LANDTAG

C90-1477



**SPD**  
S A C H S E N

1990-003

GLIEDERUNG

---

I. UNSER SACHSEN STARK AUS TRADITION

WAS SACHSEN EINST STARK GEMACHT HAT

DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS GESTALTEN

II. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - ÖKOLOGISCHER UMBAU  
DER SACHSISCHEN INDUSTRIE

DEN STRUKTURWANDEL AKTIV GESTALTEN

HANDEL UND BANKEN NEU ORDNEN

INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND KOMMUNIKATION AUSBAUEN

- Ein umweltgerechtes Verkehrsnetz anlegen
- Das Eisenbahnnetz ausbauen
- Die Flughäfen modernisieren

EINE MODERNE ENERGIEWIRTSCHAFT FÜR SACHSEN SCHAFFEN

- Mit der Umrüstung beginnen
- Dezentralisieren heißt Energie einsparen
- Neue Arbeitsplätze schaffen



C90-1477



III. NEUE ARBEITSPLÄTZE FÜR SACHSEN

IV. FÜR EINE SAUBERE UND GESUNDE UMWELT IN SACHSEN

EINE AKTIVE UMWELTPOLITIK INS WERK SETZEN

SOLIDARITÄT VON BUND UND LÄNDERN STÄRKEN

V. ÖKOLOGISCHE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSPOLITIK

- Bäuerliche Betriebe gleichstellen
- Die Überschußproduktion eindämmen
- Natur- und Landschaftsschutz ausbauen
- Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften fördern

VI. STADTPLANUNG UND WOHNUNGSBAU

DIE STÄDTE SANIEREN

BEDARFSORIENTIERTEN WOHNUNGSBAU BETREIBEN

DENKMALSCHUTZ UND KOMMUNALE SELBSTVERANTWORTUNG  
VERBINDEN

## VII. REFORM DES GESUNDHEITS- UND SOZIALWESENS

DAS GESUNDHEITSWESEN NEU GLIEDERN

MEDIZINISCHE VERSORGUNGSEINHEITEN MODERNISIEREN

KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN ERHALTEN UND VERBESSERN

ALTENPOLITIK UND PFLEGEHILFE NEU GESTALTEN

PSYCHIATRISCHE VERSORGUNG VERBESSERN

MIT FREIEN WOHLFAHRTSTRÄGERN ZUSAMMENARBEITEN

## VIII. POLITIK FÜR FRAUEN IN SACHSEN

DIE GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

ARBEITSMARKTPOLITISCHE MAßNAHMEN FÜR FRAUEN VERSTÄRKEN

AN DER FRISTENLÖSUNG FESTHALTEN

## IX. KULTUR UND KUNST IN SACHSEN

KULTUR UND DEMOKRATIE VERBINDEN

KULTURPOLITISCHE AUFGABEN LÖSEN

DAS KULTURELLE ERBE ERHALTEN

DIE MEDIENKULTUR FÖDERAL GESTALTEN



X. SACHSEN - LAND DER BILDUNG, WISSENSCHAFT UND  
FORSCHUNG

BILDUNG AN DEN SCHULEN NEU AUSRICHTEN

CHANCENGLEICHHEIT VERWIRKLICHEN

WEITERBILDUNG FÖRDERN

DEN VORSPRUNG SACHSENS IN WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG  
NUTZEN

DAS HOCHSCHULWESEN NEU ORDNERN

DIE ETHIK DER WISSENSCHAFT STÄRKEN

FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE ÖKOLOGISCH EINSETZEN

XI. INNERES, VERWALTUNG UND VERFASSUNG

BÜRGERNÄHE UND RECHTSTAATLICHKEIT SICHERN

NEUE STRUKTUREN BEI DER INNEREN SICHERHEIT SCHAFFEN

FÜR EFFEKTIVE VERWALTUNG SORGEN

EINE FORTSCHRITTLICHE SÄCHSISCHE LANDESVERFASSUNG  
VERABSCHIEDEN

XII. UMSETZUNG UNSERES WAHLPROGRAMMS

FÜR EINE SOLIDE FINANZPOLITIK SORGEN

EINEN LANDESENTWICKLUNGSPLAN FÜR SACHSEN VORLEGEN



# I. UNSER SACHSEN - STARK AUS TRADITION

Die friedliche Revolution in der DDR, die in unserer Heimat begann, hat es möglich gemacht: Sachsen mit seiner tausendjährigen, wechselvollen Geschichte liegt wieder im Zentrum Deutschlands und im Herzen Europas: BEI UNS IN SACHSEN WÄCHST ZUSAMMEN, WAS ZUSAMMEN GEHÖRT. Als Drehscheibe zwischen Ost und West hat es beste Voraussetzungen, seinen einstigen Wohlstand wiederzufinden.

## WAS SACHSEN EINST STARK GEMACHT HAT

Sachsen war einst das industrielle Herz Deutschlands und ein blühendes Kulturland. Der Fleiß der Sachsen, der hohe Bildungs- und Ausbildungsstand der Arbeitnehmer, der Einfallsreichtum der kleinen und mittelständischen Gewerbebetriebe und eine ausgeprägte Kultur verhalfen uns einst zu einer führenden Rolle unter den deutschen Ländern. Die zukunftsweisenden Ideen sächsischer Wissenschaftler und Techniker und nicht zuletzt die starke Kraft freier Gewerkschaften: Das hat Sachsen einmal nach vorn gebracht - mit der SPD.

## DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS GESTALTEN

Für uns Sozialdemokraten in Sachsen heißt das, den Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft sozial gerecht und ökologisch verträglich zu gestalten. Faire und gleiche Chancen in einer sozialen Marktwirtschaft für alle, Arbeit und soziale Gerechtigkeit für jeden, Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen: Darum geht es in Sachsen. Dafür steht die SPD.

Es wird Zeit, daß wir Sozialdemokraten in Sachsen wieder die Verantwortung übernehmen. Wir sind dazu bereit.



## II. SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT - ÖKOLOGISCHER UMBAU DER SÄCHSISCHEN INDUSTRIEGESELLSCHAFT

### DEN STRUKTURWANDEL AKTIV GESTALTEN

Quelle allen Wohlstands ist eine gesunde und prosperierende Wirtschaft. Soziale Gerechtigkeit und soziale Absicherung sind für uns dabei unabdingbar.

Die Mehrzahl unserer Betriebe in den traditionellen Industriezweigen sind nicht wettbewerbsfähig. Es bedarf dringend neuartiger und weitreichender Innovationen. Das Industrieland Sachsen steht damit vor ähnlichen Problemen wie das Land Nordrhein-Westfalen vor wenigen Jahren. Dort haben Sozialdemokraten mit gezielten Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung - vor allem im Bereich Umwelttechnologie - eine tiefgreifende industrielle Umstrukturierung bewältigt.

Für Sachsen haben wir die richtigen Konzepte, um den notwendigen Strukturwandel rasch ohne große soziale Verwerfungen zu vollziehen.

Die Wirtschaft muß mit den Menschen umstrukturiert werden und nicht gegen sie. Das bedeutet: Vorhandene positive Ansätze und Produktionsstrukturen müssen ausgebaut und entwickelt werden. Um weltmarktfähig und umweltfreundlich zu produzieren, bedarf es günstiger Kredite und steuerlicher Hilfen für unternehmerische Investitionen, die zu neuen Arbeits- und Ausbildungsplätzen führen. Außerdem müssen Technologietransfer und Umschulungsprogramme, die auf neue Produktionsstrukturen und Hochtechnologie zielen, gefördert werden.



Wachstum und Wohlstand für alle in einer sauberen Umwelt können am schnellsten durch eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung entstehen. Dies wollen wir erreichen durch

- Entflechtung der ineffizienten Kombinate und Ansiedelung kleiner und mittelständischer Betriebe;
- Ansiedelung von Betrieben, die Umweltschutztechnik produzieren;
- Aufbau einer Unternehmens- und Managementberatung;
- Förderung von Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen.
- Umstrukturierung der Akademieinstitute als Voraussetzung zur Ansiedelung zukunftssträchtiger Industrien.

Das entstehende Wachstum soll durch einen umfassenden Verbraucherschutz, der vorrangig die Qualität der Produkte sichert und Preiswucher verhindert, begleitet werden.

#### HANDEL UND BANKEN NEU ORDNET

Vorrangige Aufgabe ist, den Handel zu entmonopolisieren und das Bank- und Kreditwesen neu zu ordnen. Das muß möglichst schnell abgeschlossen werden.

Die in Jahrhunderten gewachsene Rolle Sachsens als Zentrum des Handels und insbesondere als Mittler zwischen West- und Osteuropa soll wiederhergestellt und im sich einigenden Europa auch zu Nord- und Südeuropa ausgebaut werden. Sachsen soll zur Drehscheibe im Handel gerade zu unseren östlichen Nachbarn werden. Die Leipziger Messe soll modernisiert und ausgebaut werden, damit sie ein wirkliches Bindeglied zwischen Ost und West wird.

Die SPD unterstützt den Aufbau von Banken und Handelshäusern, besonders in den großen Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Das sächsische Sparkassenwesen soll wieder zu alter Blüte kommen, und eine Sächsische Landesbank gegründet werden.

## INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND KOMMUNIKATION AUSBAUEN

Der wirtschaftliche Aufbruch darf nicht an der ungenügenden Verkehrsinfrastruktur scheitern. Das Eisenbahnnetz und Autobahnssystem müssen gemäß den neuen Anforderungen ausgebaut werden.

Folgende Autobahnstrecken sollen aus- bzw. neugebaut werden:

Dresden - Bautzen - Görlitz

Dresden - Chemnitz - Hof

Dresden - CSFR

Leipzig - Chemnitz

Südring um Leipzig

Leipzig - Torgau - Cottbus

Ein schrittweiser Ausbau von innerstädtischen Hauptnetzstäben ist ebenso vorzunehmen, wie die Schaffung vorteilhafter Autobahnanbindungen mittlerer und kleinerer Kommunen. Dazu wird die SPD ein Verkehrskonzept erarbeiten, das ein strenges, zeitlich begrenztes Genehmigungsverfahren vorsehen wird.

### Ein umweltgerechtes Verkehrsnetz anlegen

Das Auto bleibt das wichtigste Verkehrsmittel mit weiter wachsender Bedeutung. Deshalb ist beim Ausbau des innerstädtischen Straßennetzes von Anfang an darauf zu achten, daß durch Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und Ortsumgehung die Belastung der Stadtzentren durch den Autoverkehr nicht zunimmt.

Darüber hinaus sind Alternativen zum Autoverkehr öffentlich zu fördern. Es sollen umfassende Radfahrwegenetze gebaut und das Angebot an öffentlichem Nahverkehr verbreitert werden.



### Das Eisenbahnnetz ausbauen

Wir Sozialdemokraten bevorzugen nach wie vor für den Personenfernverkehr und für Güterferntransporte die Schiene. Der öffentliche Personennahverkehr soll neu organisiert und der Güterverkehr in verstärktem Maß auf die Schiene verlagert werden.

Auf den Bau von Hochgeschwindigkeitstrassen ist im dichtbesiedelten Sachsen aufgrund der erheblichen Eingriffe in Landwirtschaft und Siedlungen weitgehend zu verzichten.

### Die Flughäfen modernisieren

Wir befürworten, daß die Flughäfen Leipzig und Dresden für den internationalen Flugverkehr modernisiert werden. Eine sinnvolle Anbindung Sachsens an ein Flughafengroßprojekt südlich Berlins findet unsere Unterstützung.

## EINE MODERNE ENRGIEWIRTSCHAFT FÜR SACHSEN SCHAFFEN

Zum Strukturwandel in Sachsen gehört auch eine moderne Energiewirtschaft. Sparen statt verschwenden: Das ist der Leitgedanke des modernen Energiekonzeptes, das wir Sozialdemokraten entwickelt haben.

### Mit der Umrüstung beginnen

Die Abhängigkeit Sachsens von der umweltgefährdenden Braunkohle muß rasch reduziert und die Förderung auf etwa die Hälfte gesenkt werden.

Im Lausitzer Raum und im Raum Leipzig ist der Vorschnitt für eine Reihe von Tagebauen, von denen besonders starke ökologische Gefährdungen ausgehen, sofort einzustellen und die Auskohlung in den nächsten Jahren zu beenden.

Die überalterten Kraftwerke auf Braunkohlenbasis sind zu schließen, da eine umweltgerechte Umrüstung finanziell nicht verträglich ist. Moderne Kraftwerke auf der Basis von Braunkohle werden für die Grundlast der Stromversorgung benötigt. Diese sollen mit Fernwärmeanschluß versehen werden, die den höchsten Wirkungsgrad haben und mit modernsten Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen versehen sind. Bei der Umrüstung und dem Neubau von Kraftwerken ist ein alternativer Primärenergieeinsatz (Kombinationskraftwerke) anzustreben.

Die Umstellung von Braunkohlefeuerung auf Heizöl und Erdgasheizungen ist rasch vorzunehmen. Der Fernwärmeversorgung in den großen Siedlungsgebieten ist gegenüber der häuslichen Versorgung Vorrang zu geben. Steuerliche Beihilfen und Vergünstigungen sollen diesen Prozeß positiv beschleunigen.

#### Dezentralisieren heißt Energie einsparen

Wir geben dem Einsparen und der rationellen Verwendung von Energie Vorrang vor dem Bau neuer Kraftwerke. Auf die Errichtung von Kernkraftwerken kann nach unserem Konzept verzichtet werden.

Wir Sozialdemokraten ziehen in unser Konzept regenerierbare Energiequellen mit ein.

Besondere Bedeutung haben der Kraft-Wärme-Verbund und die dezentrale Energiegewinnung und -verwendung. Die Kommunen sollen an der Entwicklung und Trägerschaft dezentraler Energiekonzepte teilhaben und Stadtwerke mit mehrheitlicher Beteiligung (Zweckverbände) errichten. Dadurch erwachsen den Kommunen langfristige wirtschaftliche Vorteile.



### Neue Arbeitsplätze schaffen

Unser ökologisch ausgewogenes Energiekonzept schafft ein breitgestreutes Angebot an dauerhaften Arbeitsplätzen vor allem in der mittelständischen Industrie. Dieser Gewinn an Arbeitsplätzen überwiegt den Verlust an Arbeit in den großtechnischen Anlagen bei weitem. Die dort Beschäftigten sollen durch Umschulungsmaßnahmen qualifiziert werden.

Umweltfreundliche Energieerzeugung hat Zukunft und verbessert die Lebensqualität der Menschen. So sollen die alten "Braunkohlentagebau-landschaften" vor allem durch Entwicklung, Bau und Einsatz neuer Umwelttechniken und Energiegewinnung Standorte für die mittelständische Industrie werden.

## III. NEUE ARBEITSPLÄTZE FÜR SACHSEN

Die entstehende Marktwirtschaft muß von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik begleitet werden. Die Herausforderung der nächsten Jahre ist, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Strukturwandel sozial und ökologisch verträglich zu gestalten. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Wir Sozialdemokraten haben ein Fünf-Punkte-Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ausgearbeitet. Unser Ziel: Arbeit und Wohlstand für alle Sachsen.

Folgendes Maßnahmenbündel haben wir beschlossen:

1. Errichtung eines Sächsischen Landesarbeitsamtes;
2. Verstärkte Umschulung und Qualifizierung von Arbeitnehmern, Ausweitung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Hilfen bei Gründung von Beschäftigungsgesellschaften;

3. Koppelung der Arbeitsvermittlung mit Leistungsanreizen für Arbeitgeber, vor allem bei Einstellung von Behinderten, Alleinerziehenden, älteren Arbeitnehmern;
4. Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Nur bei ausreichender Bereitstellung von Wohnraum wird es gelingen, Arbeitskräfte in strukturschwache Gebiete zu vermitteln.
5. Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit.

Eine fortschrittliche Arbeits- und Sozialpolitik setzt freie und unabhängige Gewerkschaften voraus. Die SPD in Sachsen wird den raschen Aufbau unabhängiger Gewerkschaften mit allen Kräften unterstützen.

#### IV. FÜR EINE SAUBERE UND GESUNDE UMWELT IN SACHSEN

Die Umweltpolitik der SPD in Sachsen folgt zwei Prinzipien:

Wer die Umwelt verschmutzt, hat dafür die Kosten zu tragen. Wer aber in neue Verfahren zur Herstellung schadstoffarmer Produkte investiert oder umweltschonende Produktionsmethoden anwendet, der gewinnt finanzielle Vorteile. Generell soll gelten:  
Umweltschutz lohnt sich.

Die Bestandsaufnahme im Umweltbereich ist verheerend:

- Über 40 Jahre SED-Herrschaft haben in unserem Lande dazu geführt, daß der Lebensraum von Menschen und Tieren rücksichtslos kaputt gemacht wurde.
- Der Wald, etwa im östlichen Erzgebirge, ist über weite Strecken vernichtet und kann nur mit großen Anstrengungen in Jahrzehnten neu aufgeforstet werden.



- Fast alle Gewässer sind durch die ungeklärte Zuleitung von Industrie- und Haushaltsabwässern vergiftet.
- Es bestehen zahllose sogenannte Altlasten aus früheren Jahrzehnten, wie der Wismut-Bergbau, oder die vielen ungeordneten Deponien, die es aufzuspüren und unschädlich zu machen gilt.
- Die Schadstoffbelastung der Luft hat in manchen Gebieten Sachsens gesundheitsgefährdende Auswirkungen erreicht.
- Die Emissionen durch Betriebe haben erschreckende Ausmaße.
- Unkontrollierte Deponien und Überdüngung der Böden bilden eine hohe Gefährdung, besonders für das Grundwasser.
- Beim Bau von Kläranlagen war Sachsen einst führend in Deutschland. Heute ist es absolutes Schlußlicht.
- Die Entsorgung der Industrie und der Haushalte hat einen sehr niedrigen Standard.

#### EINE AKTIVE UMWELTPOLITIK INS WERK SETZEN

Sofort nach Konstituierung des Landes Sachsen muß eine aktive Umweltpolitik ins Werk gesetzt werden. Innerhalb eines mittelfristigen Zeitraumes muß durch gezielte Maßnahmen die Umwelt wieder in Ordnung gebracht werden.

Das bedeutet im einzelnen:

1. Zum Abbau der Luftschadstoffbelastung muß im Zuge der Rechtsangleichung die gültige "Technische Anleitung Luft" schnellstens auch für Sachsen zur Anwendung kommen. Die "Technische Anleitung Lärm" ist ebenfalls einzuführen. Es muß festliegen, welche Lärmengen ein Lärmverursacher erzeugen darf.

2. Betriebe, die an der Schadstoffbelastung beteiligt sind, müssen durch harte Auflagen zur Einhaltung der Grenzwerte veranlaßt werden. Bei Verstößen sind die Verantwortlichen mit empfindlichen Geldbußen zu belegen.
3. Die am stärksten gefährdeten Gebiete, wie Leipzig-Borna, Dresden-Pirna, Freiberg, Görlitz-Zittau, sind zu ökologischen Notstandsgebieten, in denen vordringlich Hilfe geleistet werden muß, zu erklären. Dadurch soll eine schnellstmögliche Verbesserung der Situation erreicht werden.
4. Für die Anlage von Deponien sind rechtstaatliche Genehmigungsverfahren zu entwickeln, um Umweltbelastungen auszuschließen. Die Entsorgung der Industrie und Haushalte ist auf dem modernen technischen Entwicklungsstandard zu organisieren und abzuwickeln.
5. Die Gemeinden, Städte und Kreise sollen verpflichtet werden, Kläranlagen für Industrie- und Haushaltsabwässer nach modernsten Gesichtspunkten zu bauen. Die Industrieunternehmen, die Abwässer produzieren, sollen zu den Produktionskosten dieser Anlagen mit herangezogen werden.
6. Der Umweltschutz muß durch entsprechende Institutionen überwacht werden. Wir wollen deshalb
  - Gewerbeaufsichtsämter zur Umweltkontrolle errichten,
  - ein Umweltamt mit einem modernen und bürgernahen Umweltinformations- und Überwachungssystem schaffen;
  - einen unabhängigen Umweltschutzbeauftragten für das Land Sachsen berufen.
7. Um die in Kürze einsetzende rege Bautätigkeit in Sachsen ökologisch verträglich zu gestalten, benötigen wir wirksame gesetzliche Bestimmungen zum Schutz von Natur und



Landschaft. Dazu wollen wir Landschafts- und Naturschutzbehörden mit weitreichenden Befugnissen einrichten, ihre vordringlichste Aufgabe wird sein, Landschaft und Natur vor einem ungehemmten Zugriff zu schützen.

8. Zur wirksamen Altlastensanierung soll ein Altlastengesetz verabschiedet werden. Dieses soll Regelungen dafür treffen, wer die Kosten für die Beseitigung von Altlasten zu tragen hat.

Umweltbehörden und Gewerbeaufsichtsämter sollen das Recht und die Pflicht auferlegt werden, nach Altlasten zu suchen. Die Grundstückseigentümer sollen verpflichtet werden, die Suche nach gefährlichen Altlasten auf ihrem Grund und Boden zuzulassen.

#### SOLIDARITÄT VON BUND UND LÄNDERN STÄRKEN

Die Verschmutzung und Vergiftung unserer Umwelt trägt katastrophale Züge. Ein Lastenausgleich innerhalb Deutschlands in einem überschaubaren Zeitrahmen ist unerlässlich, damit der ökologische Umbau in Sachsen gelingt. Der große Sanierungsbedarf kann nicht allein nach dem Verursacherprinzip und durch private Investitionen finanziert werden. Zur Beschleunigung der notwendigen Maßnahmen in der Sanierungsphase braucht Sachsen auch öffentliche Mittel vom Bund und von leistungsstärkeren Ländern. Dies trifft in besonderem Maße auch für die Realisierung des modernen Energiekonzeptes zu, das wesentlicher Bestandteil des ökologischen Umbaus Sachsens ist.

#### V. ÖKOLOGISCHE LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSPOLITIK

In unserer Landwirtschafts- und Forstpolitik stützen wir uns auf folgende Grundsätze:

1. Rechtsstaatliche Garantie des Eigentums an Grund und Boden
2. Rechtliche Gleichstellung aller Betriebsformen
3. Förderung ökologisch und wirtschaftlich stabiler Betriebsgrößen
4. Anpassung an das System marktwirtschaftlicher Ordnungen der Europäischen Gemeinschaft
5. Wahrnehmung der Verantwortung gegenüber der Umwelt
6. Sicherung sozialer Ausgewogenheit zwischen Stadt und Land

#### Bäuerliche Betriebe gleichstellen

Die auf privatwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Basis organisierten Formen bäuerlicher Betriebe sollen gleichberechtigt sein. Die SPD tritt für eine steuerliche Gleichstellung der freiwilligen Produktivgenossenschaften in der Landwirtschaft ein.

#### Die Überschußproduktion eindämmen

Dem Problem der Überschußproduktion wollen wir mit folgenden Maßnahmen begegnen:

- Mittel- und langfristige Bevorzugung von Extensivierungsmaßnahmen gegenüber Flächenstillegungen;
- Förderung des Anbaus nachwachsender Rohstoffe, besonders in industriell stark belasteten Gebieten;
- stufenweiser Abbau des Einsatzes umweltgefährdender leichtlöslicher Mineraldünger;
- Schutz der Trinkwassereinzugsgebiete, die lokal weitreichend von Nitrat- und Gülleeintrag freizuhalten sind;
- Vergabe von Umstellungsbeihilfen für ökologisch und biologisch wirtschaftende Betriebe.



### Natur- und Landschaftsschutz ausbauen

Die Belange des Natur- und Umweltschutzes stehen über denen der Gewinnorientierung. Gebietstypische landwirtschaftliche Betriebsformen sind jedoch gesondert zu unterstützen, wenn sie einen Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft leisten und positive Rückwirkungen auf die touristische Attraktivität einer Region haben.

Gegen das Waldsterben sind folgende Maßnahmen auf Landesebene dringend erforderlich:

- Rückgabe der ehemals kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Wälder in die Rechtsträgerschaft der Eigentümer
- Bewirtschaftung der Wälder unter den Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit, der Beseitigung der Fehler kurzsichtiger Bewirtschaftungsmaßnahmen und landeskultureller Erfordernisse
- langfristige Förderung der Waldbewirtschaftung durch Mittel des Landeshaushalts
- Erhaltung der Biotope im Erzgebirge, Vogtland und in der Lausitz sowie Orientierung auf Spezialkulturen und ökologischen Garten- und Wohnbau
- Anpassung der Wildbestände an die ökologische Funktion der Wälder
- schnellstmögliche Reduzierung des Ausstoßes von Luftschadstoffen in walddreichen Gebieten. Dazu sind umgehend Verhandlungen mit den Anrainerstaaten zu führen.

### Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften fördern

Auf die Dauer ist die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Land- und Forstwirtschaftsbetriebe von der stärkeren Gewinnbeteiligung aus der Vermarktung ihrer Rohprodukte abhängig. Daher tritt die SPD für die Förderung betriebsübergreifender Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften in Sachsen ein. Das ist gleichzeitig ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung des ländlichen Raumes insgesamt.



## VI. STADTPLANUNG UND WOHNUNGSBAU

Einst blühenden Großstädten, wie Dresden und Leipzig, droht der völlige Verfall. In den übrigen Städten und Dörfern ist die Bausubstanz ebenfalls ebenfalls akut gefährdet. Dieser Niedergang ist mit das sichtbarste Ergebnis der unverantwortlichen Politik der SED und der mit ihr verbundenen Blockparteien.

Wir Sozialdemokraten streben eine grundlegende Besserung der Wohnungssituation zur Steigerung der Lebensqualität an.

### DIE STÄDTE SANIEREN

Die Bausubstanz in den Städten und Ortskernen muß durch eine behutsame Stadtsanierung wiederhergestellt werden. Einen städtebaulichen Kahlschlag darf es nicht geben. Wir Sozialdemokraten treten für folgende Regelungen ein:

1. Steuerliche Hilfen zur Modernisierung und Instandsetzung. Hierbei sollen möglichst energiesparende Techniken gefördert werden. Notwendig ist der Einbau von Wärmeschutz und Wärmeregulierung und der Ersatz der Kohleheizung durch alternative Brennstoffe.
2. Möglichkeiten der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum. Hierfür soll für die Mieter ein Vorkaufsrecht geschaffen werden.
3. Die SPD plädiert für kostendeckende Mieten, die dem Rechtsträger die finanziellen Möglichkeiten zur Instandhaltung der Bau- und Wohnsubstanz eröffnen. Die schnelle Einführung solcher Mieten muß durch ein Wohngeld sozial abgefedert werden.



### BEDARFSORIENTIERTEN WOHNUNGSBAU BETREIBEN

Der Neubau von Wohnungen muß sich am Bedarf orientieren. Dem sozialen Wohnungsbau mit einem gegenüber den bisherigen Neubauwohnungen deutlich verbesserten Wohnkomfort wird nach wie vor große Bedeutung zukommen.

Daneben ist ein beträchtlich gesteigerter Eigenheimbau der wesentliche Träger des Wohnungsneubaues. In den Städten wird der Bau von Eigenheimsiedlungen nach Bebauungsplänen im Vordergrund stehen, um eine Zersiedelung des Baulandes zu vermeiden.

### DENKMALSCHUTZ UND KOMMUNALE SELBSTVERANTWORTUNG VERBINDEN

Städte wie Dresden, Meißen, Görlitz, Freiberg, Plauen, Leipzig u.a. sollen bald wieder ihren alten Glanz erhalten. Deshalb sind bei der Stadtsanierung und Dorferneuerung die traditionell gewachsenen funktionalen und architektonischen Strukturen zu wahren; die Erhaltung der Siedlungsidentität und der Denkmalschutz sind dabei von besonderer Bedeutung.

Alle Entscheidungen für Städtebau und Dorferneuerung müssen auf der Grundlage neu erarbeiteter Flächennutzungspläne erfolgen. Sie unterliegen der vollen Verantwortung der Kommune. Dies trifft auch auf die Weiterführung und Neuansiedlung der Betriebe und gewerblicher Einrichtungen zu. Denkmalpflegerische Maßnahmen sind in diese Konzepte aufzunehmen.

## VII. REFORM DES GESUNDHEITS- UND SOZIALWESENS

### DAS GESUNDHEITSWESEN NEU GLIEDERN

Wir Sozialdemokraten setzen bei der Neugliederung des Gesundheitswesens auf folgende Grundsätze:

1. Sozialdemokratische Gesundheitspolitik setzt auf die Eigenverantwortlichkeit jeder ärztlichen, zahnärztlichen und pharmazeutischen Tätigkeit. Staatliche Bevormundung bei der Art der Versorgung von Patienten lehnen wir ab.
2. Wir setzen uns für ein Gesundheitswesen mit pluralistischen Eigentumsformen ein, das in ein Netz kommunaler, konfessioneller und staatlicher medizinischer Versorgungseinrichtungen eingebettet ist.
3. Das Hausarztprinzip und das Recht auf freie Arztwahl sollen in Sachsen unbeschränkt gelten.

### MEDIZINISCHE VERSORGUNGSEINRICHTUNGEN MODERNISIEREN

Die Bausubstanz etwa zwei Drittel aller in Sachsen vorhandenen Krankenhäuser, Polikliniken, Feierabend- und Pflegeheime sowie Kureinrichtungen ist verschlissen und muß dringend saniert werden. Gleichzeitig muß das Leistungsangebot verbessert und die Ausrüstung mit modernen medizinischen Geräten vollzogen werden. Für diese Investitionen wollen wir Mittel aus dem Landeshaushalt vordringlich bereitstellen. Zusätzlich schlagen wir vor, ehemaliges Stasi- und SED-Vermögen sowie Vermögen der Blockparteien gezielt in die Modernisierung unseres Gesundheitswesens umzuleiten.



### KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN ERHALTEN UND VERBESSERN

Gute und umfassende Kinderbetreuung ist auch eine Voraussetzung dafür, daß Mütter und Väter einer Berufstätigkeit nachgehen und damit Erwerbstätigkeit familienverträglicher gestalten können.

Die SPD setzt sich für ein flächendeckendes Netz von Kinderbetreuungseinrichtungen ein. Jedes Kind muß die Möglichkeit haben, einen Kinderbetreuungsplatz in Anspruch nehmen zu können. Eine kindgerechte sozialpädagogische Betreuung und die Mitbestimmung der Eltern muß gewährleistet sein.

### ALTENPOLITIK UND PFLEGEHILFE NEU GESTALTEN

Kern unserer Altenpolitik ist die Sicherung der Selbstbestimmung und Autonomie alter Menschen. Die Gefahr der Entmündigung durch Krankheit oder Pflegebedürftigkeit ist im Alter besonders vorhanden. Dem wollen wir begegnen durch das Prinzip ambulanter Hilfe, die wir der stationären Betreuung vorziehen wollen, wo immer dies möglich ist. Am Autonomieprinzip haben sich alle Versorgungsmaßnahmen - auch für Pflegebedürftige - zu orientieren. In diesem Sinne werden wir die Altenhilfe und die Versorgung Pflegebedürftiger generell überprüfen und neu gestalten. Der nachbarschaftlichen und familiären Hilfe kommt dabei ebensogroße Bedeutung zu wie der Förderung der Selbsthilfe alter Menschen.

### PSYCHIATRISCHE VERSORGUNG VERBESSERN

Die psychiatrische Versorgung im Land muß dringend verbessert werden. Die Lage und Verfassung der stationären Einrichtungen der Psychiatrie ist so rasch wie möglich in einem Psychiatrieplan für das Land Sachsen zu erheben und zu dokumentieren. Der ambulanten Versorgung und Nachsorge ist in jedem Fall Vorzug vor einer stationären Unterbringung zu geben.



## MIT FREIEN WOHLFAHRTSTRÄGERN ZUSAMMENARBEITEN

Der Strukturwandel auf allen Ebenen wirft soziale Probleme vielfältiger Art auf, die von den öffentlichen Trägern schon wegen der knappen Kassen nicht allein bewältigt werden können. Es bedarf deshalb eines Systems privater und gemeinnütziger Wohlfahrtsträger, die mit dem öffentlichen Sozialwesen effizient zusammenarbeiten. Die Selbsthilfe und die Bereitschaft der Menschen zur Solidarität untereinander wird dabei entscheidend sein.

Ein System starker Wohlfahrtsverbände konfessioneller und nichtkonfessioneller Ausrichtung ist zu unterstützen. Zusätzlich sind Vereine und Selbsthilfegruppen zu fördern, die sich besonderen, ausgewählten sozialen Versorgungsfragen widmen.

Es ist unser Ziel, Solidarität und Selbsthilfe aktiv öffentlich zu organisieren und zu fördern, z.B. durch Einrichtung mobiler Beratungsstellen. Dies wird den Wandel beschleunigen und soziale Verwerfungen überwinden helfen.

## VIII. POLITIK FÜR FRAUEN IN SACHSEN

### DIE GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Die rechtlich garantierte Gleichstellung von Frau und Mann ist bis heute noch nicht verwirklicht. Wir Sozialdemokraten wollen, daß sich alle Menschen - Frauen und Männer - in allen Bereichen ihres Lebens verwirklichen können. Die Benachteiligung von Frauen auf allen Ebenen soll deshalb in Sachsen durch folgende Maßnahmen aufgehoben werden:



1. Vorlage eines Frauenförderungsgesetzes für Sachsen
2. Institutionelle Absicherung der Gleichstellung durch Einrichtung eines Frauenministeriums.
3. Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten in allen Ministerien und Mittelbehörden.
4. Einrichtung von kommunalen Gleichstellungsstellen.

### ARBEITSMARKTPOLITISCHE MASSNAHMEN FÜR FRAUEN VERSTÄRKEN

Frauen sind bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Umstrukturierung in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit und sozialer Benachteiligung bedroht. Wir Sozialdemokraten werden deshalb besondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einleiten, um die Wiedereingliederung von Frauen in den Beruf zu fördern.

- Die Umschulung und Weiterbildung von Frauen soll öffentlich unterstützt werden.
- Unternehmen, die Gleichstellungspläne entwickeln, werden steuerlich begünstigt; ebenso die Unternehmen, die junge Frauen in zukunftssträchtigen Berufen ausbilden und beschäftigen.
- Die Arbeitnehmervertretungen sind an diesen Prozessen umfassend zu beteiligen.

### AN DER FRISTENLÖSUNG FESTHALTEN

Wir Sozialdemokraten wollen werdendes Leben schützen. Das kann nur mit dem Willen und nicht gegen den Willen der Frau geschehen. Deshalb erkennen wir die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht der Frau an.

Wir wollen Lebensverhältnisse schaffen, in denen sich Frauen nicht zum Schwangerschaftsabbruch gezwungen sehen. Wir wissen jedoch, daß wir nicht alle menschlichen Konflikte lösen können und werden deshalb dafür sorgen, daß für Frauen ein



flächendeckendes Beratungsangebot zur Verfügung gestellt wird, das sie freiwillig in Anspruch nehmen können.

Darüber hinaus wollen wir Rechtsansprüche auf konkrete Hilfen für Schwangere in typischen Konfliktsituationen sicherstellen, wie z.B. Fortsetzung der Ausbildung, Bereitstellung von Wohnraum. Entscheidet sich eine Frau für den Schwangerschaftsabbruch, dann ist er in den ersten drei Monaten durchzuführen und straffrei zu stellen.

## IX. KULTUR UND KUNST IN SACHSEN

Sachsen war wie kaum eines der anderen deutschen Länder eine Kultur- und Kunstlandschaft von europäischer Dimension. Unser Sachsen in diesen Rang wieder einzusetzen, ist vornehmstes Ziel sozialdemokratischer Kulturpolitik.

### KULTUR UND DEMOKRATIE VERBINDEN

Wir Sozialdemokraten gewährleisten ein frei von jeglicher staatlicher Reglementierung ungehindertes kulturell-künstlerisches Schaffen, das sich allen geistigen Schätzen unseres Volkes, Europas und der Welt öffnet.

Nach unserem Verständnis muß eine soziale Kultur Wert darauf legen, daß kulturelle Angebote von möglichst vielen Menschen angenommen und mitgetragen werden. Unsere Kulturpolitik wird deshalb nicht einseitig ausgerichtet sein auf einige Prestigeobjekte. Sie soll alle Bereiche unseres täglichen Lebens erreichen.

Dazu gehört der Grundsatz, daß Kunst zu eigenen geistigen Anstrengungen herausfordern soll. Sie muß kritisch und unbequem sein. Kunst und Kultur auf der Theaterbühne oder auf dem Diskussionsforum der Volkshochschule sollen in Sachsen auch ein Ort der subventionierten Opposition sein.



## KULTURPOLITISCHE AUFGABEN LÖSEN

Bauen in Sachsen war in der Vergangenheit immer auch Baukunst. Die Tradition des Landes Sachsen erfordert deshalb eine landesspezifische Baugesetzgebung. Künftig soll bei allen größeren Bauten ein bestimmter Prozentsatz der Bausumme für künstlerische Gestaltung abgeführt und eine enge Zusammenarbeit von Architekten, Künstlern und Landschaftsgestaltern gewährleistet werden.

Wir sehen die Einrichtung eines Landesamtes für Denkmalpflege als vordringlich an. Die Forderung der Landesdenkmalpfleger und Chefkonservatoren nach der Einsetzung einer "Staatlichen Verwaltung der Schlösser und Gärten in Sachsen" findet unsere Unterstützung.

Pflege und Schutz der sächsischen Kulturdenkmäler ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse halten wir für dringend erforderlich. Der Ausbau des Dresdener Schlosses als repräsentatives Denkmal und Museumszentrum soll in die Wege geleitet werden, um die Voraussetzungen für eine noble Präsentation der sächsischen Kunstsammlungen zu schaffen.

Im Bereich internationaler und avantgardistischer Kunst des 20. Jahrhunderts sind die sächsischen Kunstsammlungen dringend ergänzungsbedürftig. Wir setzen uns dafür ein, daß dafür Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden.

## DAS KULTURELLE ERBE ERHALTEN

Zur Bewahrung des von Verfall bedrohten kulturellen Erbes unseres Landes wollen wir folgende Maßnahmen unmittelbar ergreifen:

- Sofortprogramm zur Notsicherung der Kulturgüter;
- Überprüfung tendenziös erstellter Bauzustandsgutachten;
- Anwendung des Städtebauförderungsgesetzes mit dem Ziel der Erhaltung des Denkmal- und Milieucharakters;
- Schaffung effektiver Strukturen der Gebäudeverwaltung.

#### DIE MEDIENKULTUR FÖDERAL GESTALTEN

Wir treten ein für eine föderalistische Medienlandschaft, die über öffentlich-rechtliche Anstalten die Grundinformation gewährleistet. Wir befürworten deshalb die Errichtung einer mitteldeutschen Rundfunkanstalt in Leipzig.

### X. SACHSEN - LAND DER BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Die Bildungspolitik ist Sache der Länder. Wir wollen den hohen Bildungsstand und die historisch gewachsene Vorreiterrolle Sachsens in der Bildungspolitik wieder erreichen.

#### BILDUNG AN DEN SCHULEN NEU AUSRICHTEN

An den sächsischen Schulen und Bildungseinrichtungen soll die Erziehung der Kinder und Jugendlichen im Geist der Demokratie, Toleranz und Friedensfähigkeit erfolgen. Zu achten ist auf die Förderung von Selbständigkeit und Kritikfähigkeit der Schüler, um die Freude am Lernen und die Eigenverantwortung für die Leistungen herauszubilden.

#### CHANCENGLEICHHEIT VERWIRKLICHEN

Wir Sozialdemokraten treten für Chancengleichheit im Bildungsbereich ein:



1. Wir wollen für nach Einkommen gestaffelte Ausbildungsbeihilfen sorgen und setzen uns für die Förderung alternativer Schulformen ein.
2. Die 10-Klassen-Schule ist zu ersetzen durch ein Gesamtschulmodell, das individuellen und gesellschaftlichen Ansprüchen genügt.
3. Behinderte Kinder sind in Schulen und Kindergärten zu integrieren.
4. Die Gymnasialstufe ist auszubauen; ihre Inhalte sind neu zu bestimmen.
5. Zur Chancengleichheit gehört die Herausbildung von mehr Demokratie an den Schulen und sonstigen Bildungsanstalten. Wir wollen deshalb die Mitbestimmung der Eltern und Schüler bedeutend erweitern.
6. Wir wollen einen fortschrittlichen 2. Bildungsweg schaffen.

#### WEITERBILDUNG FÖRDERN

Das Weiterbildungsangebot in unserem Lande muß ständig verbessert und vor allem den Ansprüchen angepaßt werden, die sich aus der sich wandelnden Situation der Arbeitnehmer ergeben. Die Volkshochschulen sind die klassischen Stätten der Weiterbildung. Ihr Bildungsangebot ist rasch zu erweitern. Zur gesetzlichen Regelung der Weiterbildung orientieren wir uns am vorbildlichen Weiterbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen.

#### DEN VORSPRUNG SACHSENS IN WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG NUTZEN

Der wirtschaftliche Reichtum Sachsens hat schon frühzeitig zur umfassenden Förderung der Wissenschaften und vor allem der technologischen Forschung geführt. Erinnerung sei an die Landesuniversität in Leipzig, die 1846 gestiftete königliche Gesellschaft der Wissenschaften in Leipzig und das 1828 gegründete Polytechnikum in Dresden, die höheren Gewerbeschulen und Werkmeisterschulen Chemnitz, die königlich-sächsische Bergakademie Freiberg und die Forstakademie in Tharandt.



Sachsen ist ein Zentrum der Wissenschaft und Forschung. Gegenwärtig gibt es in unserem Land 23 Hochschulen, die 47% aller Studenten der DDR ausbilden. Bei Studenten der Ingenieurwissenschaften liegt der Anteil bei 60%; bei Studenten künstlerischer Fachrichtungen liegt er noch höher. Dazu ist ein Viertel der Akademieinstitute auf sächsischem Boden angesiedelt. Diesen Vorsprung wollen wir bei der Ausrichtung unserer Wissenschafts- und Forschungspolitik gezielt nutzen.

### DAS HOCHSCHULWESEN NEU ORDNET

Wir Sozialdemokraten halten den schnellen Anschluß Sachsens an den internationalen Wissenschafts- und Forschungsbetrieb für vordringlich. Deshalb wollen wir unser Hochschulwesen in zwei Ebenen gliedern: die regionale mit Zuständigkeit der Landesregierung und die europäische mit Einbindung in internationale Forschungsprogramme. Dazu wollen wir folgende bisher vernachlässigte Wissenschaftsdisziplinen fördern:

- Ökologie und Umweltforschung;
- Technikfolgeabschätzungen;
- Wirtschafts-, Sozial-, Rechts- und Humanwissenschaften
- Kultur- und Friedensforschung.

### DIE ETHIK DER WISSENSCHAFT STÄRKEN

Die Freiheit der Wissenschaft gegenüber staatlicher und wirtschaftlicher Macht ist zu sichern. Zur Freiheit der Wissenschaft gehört der freie, ungehinderte wissenschaftliche Disput und die laufende Veröffentlichung von Forschungsergebnissen. Wir treten dafür ein, daß Vorhaben der Wissenschaft ethische Normen nicht verletzen oder zu untragbaren Risiken führen. Wir wenden uns gegen medizinische Experimente am Menschen, gegen Eingriffe in Persönlichkeitsrechte und gegen gentechnische Manipulationen, insbesondere an der Erbmasse des Menschen.



Um in unserem Land die Transparenz gentechnischer Forschung zu sichern, schlagen wir vor, einen Genbeauftragten für das Land Sachsen zu ernennen.

### FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE ÖKOLOGISCH EINSETZEN

Der ökologische Umbau des Industrielandes Sachsen wird vielfältige Innovationskräfte freisetzen. Durch eine gezielte Forschungs- und Technologiepolitik wollen wir die wirtschaftliche Erneuerung sinnvoll unterstützen und in ökologisch-industrielle Bahnen lenken. Dazu werden wir folgende Kernvorhaben umsetzen:

- Bildung von Forschungsschwerpunkten auf dem Gebiet Klima, Umwelt, Gesundheit und Ressourcenschonung;
- Entwicklung neuer Techniken der Energiegewinnung und -verwendung und des Energiesparens;
- verstärkte Förderung der Informationstechnik als neuer Schlüsseltechnik in der industriellen Entwicklung;
- Förderung von Forschungsprogrammen zur Humanisierung der Arbeit und zu Innovationen in einen menschengerechten Produktionsaufbau und -fortschritt.

## XI. INNERES, VERWALTUNG UND VERFASSUNG

### BÜRGERNÄHE UND RECHTSTAATLICHKEIT SICHERN

Bürgernähe und Rechtstaatlichkeit sind für uns Sozialdemokraten oberste Ziele. Für alle staatlichen Organe soll der Grundsatz gelten: Nicht der Bürger ist für den Staat, sondern der Staat ist für den Bürger da.



Um die Rechtstaatlichkeit zu sichern, sind die vom Grundgesetz und der Landesverfassung Sachsens gewährten Grundrechte von den staatlichen Behörden uneingeschränkt jedem Bürger zu garantieren. Außerdem muß der strukturelle Umbau der Justiz, des Strafvollzugs und der Schutz- und Sicherheitsorgane unter Beachtung des Prinzips der Gewaltenteilung erfolgen.

### NEUE STRUKTUREN BEI DER INNEREN SICHERHEIT SCHAFFEN

1. Die Auflösung des Ministerium für Staatssicherheit und seiner Nachfolgeorganisationen soll konsequent zu Ende geführt werden. Die von diesen Organen hinterlassenen Daten sollen vernichtet oder so verwahrt werden, daß aus ihrem Fortbestand kein Schaden für die ehemals verfolgten und überwachten Bürger entsteht. Die Verwendung der Daten soll allein den Rehabilitierungsverfahren und anderen Maßnahmen zur Aufarbeitung der unseligen Vergangenheit des SED-Überwachungsstaates dienen. Einer Vernichtung von Akten kann erst dann zugestimmt werden, wenn gesichert ist, daß diese für die Rehabilitierung und geschichtliche Aufarbeitung wertlos sind. Die SPD unterstützt den Bund "Opfer des Stalinismus".
2. Die politisch motivierten Unrechtsakte der SED-Justiz sind aufzuklären. Den Geschädigten ist weitgehende Wiedergutmachung zu leisten. Die Unrechtsakte der Justiz sowie der Strafverfolgungsbehörden sind aufzuklären. Die Verantwortlichen sind zur Rechenschaft zu ziehen.
3. Die SPD wird in Sachsen für den Aufbau einer Landespolizei sorgen, die die öffentliche Ordnung und innere Sicherheit als Voraussetzung des inneren Friedens gewährleistet. Die Polizei wird dabei Freiräume zu sichern haben, in denen politische Konflikte friedlich und gewaltfrei ausgetragen werden können. Der Einsatz polizeilicher Mittel muß nach



dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Die SPD wird im Landtag auf die Verabschiedung eines Polizeigesetzes hinwirken, bei dem eine klare Trennung von Polizeirecht und Strafprozeßrecht gewährleistet ist.

4. Der Strafvollzug wird künftig dem Justizministerium unterstellt. Er ist konsequent dem Zugriff der Behörden des Innenministeriums zu entziehen.
5. Die Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse für Korruption und Amtsmißbrauch sind auszuwerten und in rechtsstaatliche Verfahren überzuleiten.

#### FÜR EFFEKTIVE VERWALTUNG SORGEN

Das wiedererrichtete Land Sachsen braucht eine effektive Verwaltung. Die SPD plant ein Landesverwaltungsgesetz, in dem zwischen den Obersten Landesbehörden und den Unteren Verwaltungsbehörden Mittelbehörden eingerichtet werden, die die Rechtsaufsicht über die Land- und Stadtkreise und die Fachaufsicht über die Unteren Verwaltungsbehörden ausüben.

#### EINE FORTSCHRITTLICHE SÄCHSISCHE LANDESVERFASSUNG VERABSCHIEDEN

In unserer Landesverfassung sollen folgende Grundrechte und Staatsziele präzisiert werden:

1. Soziale Grundrechte wie

Recht auf Arbeit

Recht auf Wohnung

Recht auf umfassenden Schutz der Gesundheit

Recht auf umfassenden Schutz im Alter.

2. Die Pflicht des Staates zum Umweltschutz
3. Die Ergänzung der Vertretungsdemokratie durch plebizitäre Elemente
4. Das Grundrecht auf Schutz persönlicher Daten
5. Das Recht auf Schutz vor Gefährdung durch neue Technologien

Dem Schutz der Rechte aller Minderheiten fühlen wir uns in besonderem Maße verpflichtet. Wir Sozialdemokraten fördern die Rechte der sorbischen Mitbürger, ihre kulturelle Identität, ihre Schulen mit spezifisch sorbischem Charakter und vor allem die sorbische Sprache.

Wir setzen uns dafür ein, daß das Bundesverfassungsgericht und der Bundesgerichtshof innerhalb einer vereinbarten Frist von Karlsruhe nach Leipzig verlegt werden.

## XII. UMSETZUNG UNSERES WAHLPROGRAMMS

### FÜR EINE SOLIDE FINANZPOLITIK SORGEN

Die SPD Sachsens steht für finanzpolitische Solidität und Seriösität. Wir versprechen vor der Wahl nur das, was nach der Wahl auch solide zu finanzieren ist. Unsere finanzpolitische Grundaussage lautet: Der ökologische, industrielle und soziale Umbau Sachsens zu einem wirtschaftlich starken Bundesland muß weitgehend aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Hilfe zur Selbsthilfe durch den Bund und leistungsstärkere Bundesländer ist jedoch dringend geboten.



Wir setzen uns dafür ein, daß das Bundesland Sachsen über den Fonds "Deutsche Einheit" hinaus gleichberechtigt am föderalen Finanzausgleich beteiligt und die Zonenrandförderung auf die ostdeutschen Länder ausgedehnt wird.

In den Staatsfinanzen muß ein straffes, vom Landesparlament wahrgenommenes Kontrollsystem herrschen. Die Finanzgesetze, die in die Länderhoheit fallen, sind dazu überschaubar und leistungsfördernd zu gestalten. Ein ausgeglichener Haushalt ist anzustreben.

Da die Wirtschaft nicht sofort in ausreichendem Maße Steuerabgaben leisten wird, sollen entstehende Deckungslücken durch Hilfen des Bundes und leistungsstärkerer Bundesländer beglichen werden.

Die Kreditaufnahme ist auf das unbedingt notwendige Maß zu begrenzen. Im Bundesrat ist auf eine ausgeglichene Haushaltsführung des Bundes, eine Begrenzung der Neuverschuldung, die Einschränkung der Rüstungsausgaben und den Abbau der zentralen Bürokratie zu achten.

#### EINEN LANDESENTWICKLUNGSPLAN FÜR SACHSEN VORLEGEN

Das von den Kommunen und dem Land Sachsen zu übernehmende sogenannte Volkseigentum sollte nicht kurzfristigen Finanzengpässen geopfert werden. Es muß in langfristige, sozial verträgliche und infrastrukturfördernde Programme zum Aufbau unseres Landes eingesetzt werden. Eigentum muß nach rechtstaatlichen Normen und Gesetzen erworben, verwertet und veräußert werden können. Wir streben deshalb einen Landesentwicklungsplan mit folgenden Inhalten an:

- Schaffung einer umweltverträglichen Energieversorgung
- ökologisches Sanierungsprogramm
- landesspezifische Wirtschaftsförderung von Handwerk, Klein- und Mittelbetrieben, Förderung von Existenzgründungen



- Landesverkehrs- und Kommunikationskonzept
- Kommunale Infrastruktur- und Wohnungsbauförderung
- Qualifizierungsoffensive, besonders für Arbeitslose
- flankierende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung, Förderung von Beschäftigungsgesellschaften
- Landesprogramm zur Wissenschafts- und Technologieförderung.